

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NEW YORK



DR. STEFAN FRIEDRICH

03. April 2017

www.kas.de/newyork

Stehen die Vereinten Nationen vor einer Zeitenwende?

Hintergrundinformationen und erste Einschätzungen zu den angekündigten Budgetkürzungen der neuen US-Regierung

Am 16. März 2017 legte der neu gewählte US-Präsident Donald J. Trump seinen ersten Haushaltsentwurf vor. Neben starken Erhöhungen im Verteidigungshaushalt stechen vor allem die angekündigten Einschnitte in den Budgetentwürfen für das Außen- sowie das Umweltministerium hervor. Gerade die vorgeschlagenen Kürzungen im Etat des State Department könnten erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit der Vereinten Nationen haben. Denn derzeit sind die USA der wichtigste individuelle Geber im UN-Universum. Dies erklärt auch, weshalb man am East River mit großer Sorge auf die jüngsten Ankündigungen aus Washington reagiert.



Botschafterin Nikki Haley, Ständige Vertreterin der USA bei der UNO (©United Nations Photo # 718398)

KONTAKT:
DR. STEFAN FRIEDRICH
LEITER KAS BÜRO
NEW YORK
220 E 42nd Street
Suite #3300
New York, NY 10017
USA
newyork@kas.de

1. Die geplanten Kürzungen im US-Haushalt

Für das Haushaltsjahr 2018 sehen die Zahlen des Weißen Hauses drastische Kürzungen in den Bereichen Diplomatie und Entwicklungshilfe vor. So soll der Etat für das Außenministerium sowie für verschiedene US-Entwicklungsorganisationen (u.a. USAID) im Vergleich zu 2017 um 10,9 Mrd. US\$ gesenkt werden. Dies wären Einschnitte in Höhe von knapp 29 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch wenn noch keine konkreten Zahlen vorgelegt wurden, so gehen Beobachter davon aus, dass im multilateralen Bereich insbesondere die Zuwendungen der USA für die UNO betroffen sein dürften. Hier könnten dies insbesondere die Zuwendungen für Friedensmissionen (Peacekeeping), für das

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NEW YORK

DR. STEFAN FRIEDRICH

03. April 2017

www.kas.de/newyork

Kinderhilfswerk (UNICEF), die UN-Entwicklungsorganisation (UNDP) sowie das Welternährungs- (WFP) und das UN-Flüchtlingsprogramm (UNHCR) sein.

Noch ist nicht klar, ob sich die vorgeschlagenen Kürzungen bereits im Haushalt des kommenden Jahres niederschlagen werden. Es besteht auch die Möglichkeit, dass die Eckwerte zunächst als Weckruf für die verschiedenen Institutionen angelegt sind, jedoch erst über einen Zeitraum von drei Jahren erreicht werden sollen. Dies hat nicht zuletzt auch damit zu tun, dass die USA nur einen Teil der Mittel, die sie an die UNO überweisen, relativ zeitnah kürzen können. Denn es ist zwischen verschiedenen Ausgabenarten zu unterscheiden, aus denen sich das Gesamtbudget der UNO zusammensetzt.

2. Die Zusammensetzung des UN-Haushaltes und die Anteile der USA sowie der wichtigsten anderen Geber

Es gibt keinen einheitlichen und umfassenden Haushaltsplan der Vereinten Nationen. Das Budget der UNO setzt sich zusammen aus Pflichtbeiträgen und freiwilligen Zuwendungen. Über die **Pflichtbeiträge** werden u.a. der reguläre Haushalt der UNO sowie – mit leicht verändertem Schlüssel – die Ausgaben für die Friedensmissionen bestritten. Die verschiedenen Sonderprogramme und Fonds der UNO werden praktisch ausschließlich aus **freiwilligen Beiträgen** der Mitgliedsstaaten sowie von privaten Gebern finanziert. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge belaufen sich die Zuwendungen der USA zum UN-Haushalt derzeit auf einen Betrag zwischen neun und zehn Milliarden US\$ pro Jahr. Sie sind damit der mit enormem Abstand größte individuelle Geber im gesamten UN-Kontext.

Alle Mitgliedsstaaten der UNO sind verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz zum **regulären Budget** beizutragen. Der jeweilige Prozentsatz richtet sich nach einem Beitragsschlüssel, der sich wiederum an der relativen Zahlungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten orientiert. In diese Berechnungen fließen Werte bezüglich der Wirtschaftsleistung, der Verschuldung sowie des Pro-Kopf-Einkommens der Staaten ein. Vor einigen Jahren hat die US-Regierung in Verhandlungen durchgesetzt, dass der Höchstsatz für ein einzelnes Land bei 22 Prozent festgesetzt wird. Im laufenden Jahr sind dies 610,8 Mio. US\$. Andererseits müssen auch die kleinsten und sehr armen Länder zumindest einen Minimalbeitrag von 0,001 Prozent zum regulären Budget beitragen. Letztlich bestreiten die vier größten Beitragszahler USA, Japan, China und Deutschland rund 46 Prozent des regulären UN-Budgets.

Tabelle 1: Anteile der vier größten Beitragszahler zum regulären UN-Budget 2017

Land	Beitrag (in US\$)	Anteil
USA	610,8 Mio.	22,0%
Japan	244,1 Mio.	9,7%
China	199,8 Mio.	7,9%
Deutschland	161,1 Mio.	6,4%

© KAS New York

Neben diesen Beiträgen zum UN-Haushalt sind die Mitgliedsstaaten auch verpflichtet, einen festen Anteil für die vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen **Friedensmissionen** zu leisten. Da manche der ärmeren Staaten nicht in der Lage wären, zusätzliche Mittel in entsprechender Höhe ihres Pflichtanteils zur Verfügung zu stellen, werden diese Staaten von

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NEW YORK

DR. STEFAN FRIEDRICH

03. April 2017

www.kas.de/newyork

den Zahlungen freigestellt. Die dadurch entstehende Finanzierungslücke wird von den P5, den fünf ständigen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat, entsprechend einem vereinbarten Schlüssel aufgefüllt. Auch hier sind die USA der mit großem Abstand bedeutendste Beitragszahler, gefolgt von China, Japan und Deutschland.

Tabelle 2: Die sieben größten Beitragszahler für Peacekeeping-Maßnahmen 2016/17¹

Land	Beitrag (in Mio. US\$)	Prozent	Im Vergleich zum Anteil am regulären Budget
USA	3.083,6	28,5%	+6,5 Prozentpunkte
China	1.081,7	10,3%	+2,4 Prozentpunkte
Japan	1.023,7	9,7%	Identisch
Deutschland	675,7	6,4%	Identisch
Frankreich	667,0	6,3%	+2,4 Prozentpunkte
Großbritannien	612,7	5,8%	+1,3 Prozentpunkte
Russland	422,3	4,0%	+0,9 Prozentpunkte

© KAS New York

Für das Jahr 2017 summieren sich im Bereich der Pflichtbeiträge (regulärer Haushalt plus Friedensmissionen, Straftribunale u.a.) die Zuwendungen der USA bereits auf knapp 3,7 Mrd. US\$. Diese werden ergänzt durch die **freiwilligen Zahlungen** der USA für UN-Sonderorganisationen und Fonds. Gerade in diesem Bereich zeigt sich, dass die USA eine zentrale Stütze des gesamten UN-Systems sind. Manche der Sonderorganisationen erhalten mehr als 40 Prozent ihrer Mittel aus dem US-Haushalt.

Im Jahr 2015 unterstützten die USA u.a. die folgenden UN-Organisationen und Fonds. Dabei wird zwischen Zuschüssen zur Grundfinanzierung (core) auf der einen und zum operativen Budget (non-core) auf der anderen Seite unterschieden:

Tabelle 3: US-Beiträge für ausgewählte UN-Organisationen und Fonds 2015

Organisation / Fond	Core (Grundfinanzierung) / Non-core (operatives Budget)	Beitrag der USA (in Mio. US\$)	Prozent des Gesamthaushalts
WFP (World Food Programme)	Core	5,00	2%
	Non-core	1970,53	44%
UNICEF	Core	132,00	12%
	Non-core	735,73	20%
UNDP	Core	74,50	10%
	Non-core	191,41	5%
UNHCR	Core	--	0%
	Non-core	1352,46	48%
UNRWA	Core	158,60	27%
	Non-core	221,86	38%
OCHA	Core	4,00	3%
	Non-core	36,03	26%
UNAIDS	Core	45,00	23%
	Non-core	6,61	31%
OHCHR	Core	-	0%

¹ Das Haushaltsjahr für Friedensmissionen beginnt am 1. Juli eines Jahres und endet am 30. Juni des Folgejahres.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NEW YORK

DR. STEFAN FRIEDRICH

03. April 2017

www.kas.de/newyork

	Non-core	10,40	21%
WHO	Core	49,99	11%
	Non-core	309,44	18%
FAO	Core	35,15	14%
	Non-core	71,15	10%
ILO	Core	32,38	12%
	Non-core	34,95	17%
IAEA	Core	33,63	0,27
	Non-core	89,28	0,38
	Summe:	5600,08	

© KAS New York

Werden die Zahlungen der USA für alle UN-Organisationen und Fonds zusammengerechnet, kommt man für das Jahr 2015 auf einen Betrag von **5,8 Mrd. US\$** (davon: 660 Mio. US\$ core und 5,2 Mrd. non-core). Das ist mehr als die Summe der Beiträge der vier folgenden größten Geber zusammen!

Tabelle 4: Die größten Beitragszahler zu UN-Organisationen und Fonds 2015

Land	Core (in Mio. US\$)	Non-core (in Mio. US\$)	Gesamtbetrag (in Mio. US\$)
USA	660,10	5150,88	5810,97
Großbritannien	513,21	1636,00	2149,21
Japan	384,50	1012,83	1397,33
Deutschland	253,41	935,53	1188,94
Schweden	459,00	455,85	914,85
Norwegen	366,33	426,67	793,00
Niederlande	225,44	336,36	561,80
Schweiz	201,69	304,98	506,66
Saudi-Arabien	47,69	358,61	406,30
Kuwait	21,85	292,36	314,21
VR China	104,22	57,60	161,82
Russland	54,14	77,20	131,35

© KAS New York

Aus den oben genannten Zahlen geht klar hervor, dass die USA derzeit der größte individuelle Beitragszahler der UNO sind. Dies erklärt auch die Besorgnis, mit der die Budgetzahlen aus dem Weißen Haus am Hauptsitz der Vereinten Nationen aufgenommen wurden.

3. Mögliche Einsparpotentiale für die Trump-Administration

Die US-Regierung hat durchaus Möglichkeiten, die Beiträge an die UNO zu reduzieren. Diese Optionen werden jedoch durch verschiedene Faktoren eingeschränkt oder können nur mit zum Teil erheblichem zeitlichem Vorlauf umgesetzt werden. Hierbei muss zunächst erneut zwischen den verschiedenen Beitragsformen unterschieden werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NEW YORK

DR. STEFAN FRIEDRICH

03. April 2017

www.kas.de/newyork

Die **Beiträge zum regulären Haushalt** lassen sich nur über den Verhandlungsweg mit den anderen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen reduzieren. Dass dies gelingen kann, zeigte sich im Jahr 2005, als die USA im *Henry J. Hyde United Nations Reform Act* festlegen konnten, dass die USA maximal 22 Prozent zum regulären Budget der UNO beitragen werden. Das aktuelle Zweijahresbudget gilt für den Zeitraum 2016-17. Die Verhandlungen für die kommende Periode sind bereits auf dem Weg; das Budget muss bis Dezember d.J. verabschiedet werden.²

Derzeit wird bereits deutlich, dass die neue US-Administration vor allem den gesamten Bereich der **Friedenseinsätze** genauer auf Einsparpotentiale untersuchen will. Die Ausgaben in diesem Bereich sind seit Ende des Kalten Krieges enorm angestiegen; seit 1998/99 explodierten sie nahezu: Damals betrug der Zweijahres-Haushalt ca. zwei Mrd. US\$; bis 2014/15 verachtfaachten sich die Ausgaben auf über 16 Mrd. US\$ (siehe Abb. 1).

Abb. 1: *Entwicklung der Ausgaben für UN-Friedenseinsätzen im Vergleich zum regulären UN-Haushalt (jeweils für Zweijahresperioden)*³



Abbildung I.03-02: Entwicklung der Ausgaben für UN-Friedensoperationen im Vergleich zu den ordentlichen UN-Haushalten, 1990/1991–2014/2015 (in Mrd. US-Dollar)
Quelle: Klaus Hüfner: Mehr Verantwortung übernehmen. Berlin, 2015, Abbildung 3-01, S. 54, sowie Aktualisierungen.

Für die Trump-Regierung bestehen theoretisch **zwei Möglichkeiten**, die finanziellen Belastungen der USA bei den Friedensmissionen zu reduzieren. Zum einen können die USA als Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat stets die Verlängerung bereits laufender Friedensmissionen mit einem Veto blockieren. Sollten von den derzeit 16 UN-Friedensmissionen eine oder mehrere nicht fortgesetzt werden und keine weiteren hinzukommen (auch dies könnten die USA mit einem Veto blockieren), dann könnte Washington sehr große Beträge einzusparen. Die Entscheidung über die Verlängerung bzw. Nicht-Verlängerung laufender Missionen muss allerdings noch vor der Sommerpause getroffen werden, da das Haushaltsjahr für Friedensmissionen jeweils zum 1. Juli beginnt. Auch hier gilt, dass ein gewisser Vorlauf gegeben sein muss.

² Für eine kurze Übersicht: "Understanding the United Nations Budgetary Process" <http://www.un.org/en/ga/fifth/Presentations/64th%20Session/budgetingprocess2008.09.18.pdf> (28.3.2017).

³ Abbildung aus: DGVN (<http://www.dgvn.de/un-im-ueberblick/deutschlands-beitraege-zur-finanzierung-des-un-systems/i-vereinte-nationen/i03-gesamtdarstellungen/>) (28.03.2017)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NEW YORK

DR. STEFAN FRIEDRICH

03. April 2017

www.kas.de/newyork

Im April 2017 werden die USA den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat übernehmen. Ein Schwerpunktthema während dieser einmonatigen Präsidentschaft soll eine „Peacekeeping Operations Review“ sein. In dieser Debatte sind die Mitglieder des Sicherheitsrates aufgerufen, darüber nachzudenken, ob die gegenwärtigen UN-Friedensmissionen jeweils noch den besten Mechanismus darstellen, um die politischen Ziele des Sicherheitsrates zu erreichen. Mit dieser Schwerpunktsetzung unterstreicht die neue Administration, dass sie in diesem Bereich grundsätzliche Veränderungen anstrebt.⁴

Eine andere Option, im Bereich der Peacekeeping Missions Einsparungen vorzunehmen, könnte für die USA darin bestehen, auch für den US-Beitrag zur Finanzierung der Friedenseinsätze eine Obergrenze festzulegen. Hier ist von Seiten der Regierung bereits eine Obergrenze von 25 Prozent ins Gespräch gebracht worden. Es stellt sich dabei allerdings noch viel unmittelbarer als bei anderen Budgetposten die Frage, wie die dadurch entstehende Finanzierungslücke geschlossen werden kann. Hier müssten wohl die P5 und die größten Geber – darunter auch Deutschland – eine gemeinsame Lösung finden. Unter den gegebenen Umständen dürfte jedoch als sicher anzunehmen sein, dass der oder die Staaten, die möglicherweise diese Lücke füllen werden, für dieses zusätzliche Engagement an anderer Stelle kompensiert werden wollen. Hier wird es nicht zuletzt darum gehen, den eigenen Einfluss in der UNO personell und machtpolitisch aufzuwerten.

Das bei weitem größte Einsparpotential für die USA dürfte sich jedoch im Bereich der **Beiträge für UN-Sonderorganisationen und Fonds** ergeben. Diese Zahlungen sind freiwillig und können von den jeweiligen Geberstaaten nach eigenem Ermessen und entsprechend der jeweiligen politischen Schwerpunktsetzung aufgestockt oder reduziert werden.

Am dramatischsten könnten die Einschnitte für Organisationen ausfallen, die bislang einen großen Anteil ihres operativen Budgets (non-core) von den USA erhalten. Hierzu zählen in erster Linie das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) mit 48 Prozent, das World Food Programme mit 44 Prozent und das UN-Hilfswerk für Palästina Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) mit 38 Prozent.

Auch bei den von der Obama-Regierung zunehmend unterstützten Klimafonds sind größere Einschnitte sehr zeitnah zu erwarten. So sehen die Einschnitte im Haushalt des Außenministeriums u.a. vor, dass die Zahlungen an die „Global Climate Change Initiative“ sowie die beiden vorangegangenen „Climate Investment Funds“ der UNO gestrichen werden.⁵

4. Widerstände in den USA gegen massive Budgetkürzungen bei der UNO

Die zuvor aufgelisteten Einsparpotentiale sind nur eine Seite der Medaille. Bereits im Vorfeld der Veröffentlichung des Budgetentwurfs regte sich auch in den USA selbst Widerstand gegen allzu radikale Kürzungsvorschläge der Trump-Administration. Diese Kritik kam nicht nur von Seiten der Demokraten, sondern auch aus den Reihen der Republikaner. So sagte

⁴ Vgl. hierzu ausführlich A Conversation with Nikki Haley am 29.03.2017, Council on Foreign Relations (<http://www.cfr.org/diplomacy-and-statecraft/conversation-nikki-haley/p38970>) (30.03.2017)

⁵ Vgl. NPR, 16.03.2017 (<http://www.npr.org/sections/thetwo-way/2017/03/16/520399205/trumps-budget-slashes-climate-change-funding>), 28.03.2017

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NEW YORK

DR. STEFAN FRIEDRICH

03. April 2017

www.kas.de/newyork

der Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell (Rep.), dass „the president’s budget is ‚probably not‘ going to be passed.“ Auch der Vorsitzende des für den Haushalt des State Department zuständigen Unterausschusses des Senats, der republikanische Senator Lindsey Graham, äußerte sich bereits vor der Veröffentlichung des Budgetentwurfs sehr kritisch: „It’s dead on arrival, it’s not going to happen, it would be a disaster (...). This budget destroys soft power, it puts our diplomats at risk and it’s going nowhere.“⁶

Manche Beobachter weisen darüber hinaus darauf hin, dass verschiedene UN-Programme sich durchaus großer Sympathien im Kongress erfreuen – sowohl bei Demokraten als auch bei Republikanern. Hierzu zählten vor allem das World Food Programme und das Kinderhilfswerk UNICEF.⁷ Die Leiter dieser Institutionen waren bislang stets Amerikaner – eine Tradition, die unter veränderten Umständen dann möglicherweise auch in Frage gestellt werden könnte.

Besondere Aufmerksamkeit fand ein Brief vom 27. Februar 2017 von 121 ehemaligen 3- und 4-Sterne Generälen an die Führung in Kongress und Senat. Darin machten die ehemaligen Militärs bereits im Vorfeld der Veröffentlichung des Budgetentwurfes unmissverständlich deutlich, welche große und positive Rolle die amerikanische Entwicklungshilfe auch für die Sicherheit des Landes insgesamt spielt. „The State Department, USAID, Millennium Challenge Corporation, Peace Corps and other development agencies are critical to preventing conflict and reducing the need to put our men and women in uniform in harm’s way.“ Interessanterweise bezogen sich die Generäle u.a. auf frühere Aussagen des neuen US-Verteidigungsministers James Mattis. Als Kommandeur des U.S. Central Command sagte er: „If you don’t fully fund the State Department, then I need to buy more ammunition.“⁸

5. Ausblick

Die Debatte über den aktuellen Haushalt der USA hat erst begonnen. Dabei ist davon auszugehen, dass der Budgetentwurf des Präsidenten im Kongress noch deutliche Veränderungen erfahren wird. Dennoch hat allein die Veröffentlichung der Budgetzahlen bereits enorme Signalkraft gezeigt. Im Umfeld der Vereinten Nationen hier in New York ist es nahezu mit Händen greifbar, dass die Ankündigungen eine **große Verunsicherung** hervorgerufen haben. Dabei wird niemand bestreiten, dass es im Apparat der UNO sehr wohl erhebliche Einsparpotentiale gibt. Insofern könnte der nun angestoßene Prozess durchaus positive Folgen haben; vielleicht braucht eine riesige Organisation wie die UNO tatsächlich auch einen solchen radikalen Anstoß, um einen echten Reformprozess in Gang zu setzen. Allerdings ist damit auch ein enormes Risiko verbunden. Denn die starke Fokussierung auf Einsparungen und auf die Reduzierung der finanziellen Lasten für die USA (America first!) lässt die strategischen Ziele, die mit einem solchen Reformanstoß verbundenen sein könnten, vollkommen in den Hintergrund treten. Es stellt sich auch die

⁶ Washington Post, 28.2.2017 (https://www.washingtonpost.com/news/josh-rogin/wp/2017/02/28/graham-trump-slashing-of-state-dept-and-foreign-aid-would-be-dead-on-arrival-in-congress/?utm_term=.4522edbf3b87) 27.03.2017

⁷ Colum Lynch, „White House Seeks to Cut Billions in Funding for United Nations“, in: Foreign Policy, 13.03.2017 (<http://foreignpolicy.com/2017/03/13/white-house-seeks-to-cut-billions-in-funding-for-united-nations/>) 26.3.2017

⁸ Vgl. http://www.usgic.org/downloads/2017/02/FY18_International_Affairs_Budget_House_Senate.pdf (28.03.2017).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NEW YORK

DR. STEFAN FRIEDRICH

03. April 2017

www.kas.de/newyork

Frage, ob auf diesem Weg eine „gerechtere Lastenverteilung“ erreicht werden kann, ohne dass sich dadurch das Gesamtgefüge im UN-Universum vollkommen verändert. Es ist zu erwarten, dass sich im Zuge eines solchen Prozesses Allianzen verschieben, der dominierende Einfluss der USA deutlich zurückgeht und andere Staaten einen stärkeren personellen und auch inhaltlichen Einfluss auf die UNO nehmen.

Ein Land, von dem immer wieder gesagt wird, dass es vom Rückzug der USA am meisten profitieren könnte, ist die **Volksrepublik China**. In der Tat kann man davon ausgehen, dass Beijing die sich öffnenden Spielräume geschickt nutzen wird. Dabei kommt der Volksrepublik zugute, dass sie sowohl Veto-Macht ist, eine sehr starke Volkswirtschaft hat und durch die enge Verbindung mit den G77 bereits jetzt über sehr großen Einfluss in der UNO verfügt. Darüber hinaus versucht sich Beijing derzeit als verlässlicher Champion des Multilateralismus zu präsentieren. All diese Faktoren könnten tatsächlich dazu beitragen, dass Chinas Einfluss in der UNO gerade was Themensetzung und Personal betrifft deutlich zunimmt. Chinas Führung wird gegebenenfalls auch bereit sein, sich finanziell etwas mehr einzubringen. Aber man sollte sich nicht der Illusion oder der Sorge hingeben, dass Beijing auch nur annähernd Willens oder in der Lage wäre, eine massive Reduzierung der US-Beiträge zum Haushalt der Vereinten Nationen auszugleichen. Dazu wären Aufstockungen gerade im Bereich der freiwilligen Beiträge zu den UN-Sonderorganisationen und Fonds notwendig, die mit Blick auf die Zahlen auf keinen Fall geleistet werden können.

Bei aller Diskussion um den einzigartigen Beitrag der USA zum System der Vereinten Nationen und bei allem Respekt, den dieser Beitrag zu Recht verdient, soll an dieser Stelle jedoch eines nicht unerwähnt bleiben. Hinsichtlich der finanziellen Beiträge zum UN-Budget ist es eigentlich die **Europäische Union** mit ihren Mitgliedsstaaten, die der größte Geber sind. Dies gilt sowohl für den Beitrag der EU-28 zum regulären Budget der VN (aktuell: 30,38%) als auch für den Beitrag zu den Friedensmissionen (aktuell: 31,98%) sowie wohl auch für die Summe aller freiwilligen Beiträge zu den UN-Sonderorganisationen und Fonds. Aber auch die EU kann einen möglichen Rückzug der USA nicht noch zusätzlich finanziell auffangen. Die Europäische Union ist für die Durchsetzung ihrer Positionen und Ideen auf die Unterstützung der USA angewiesen. Dies gilt übrigens umgekehrt – wenn auch vielleicht in einem etwas geringeren Umfang – ebenso für die USA mit Blick auf die Unterstützung durch die EU-Staaten.

Die neue UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley, hat in einem Gespräch mit dem Präsidenten des *Council on Foreign Relations*, Richard Haass, mit sehr deutlichen Worten unterstrichen, dass sie das Thema Menschenrechte sehr viel stärker als zuvor ins Zentrum der US-Position in der UNO stellen wolle. Ihre Antwort auf die Frage wie diese Aussage mit den angekündigten massiven Kürzungen im Budget des Außenministeriums zusammenpasst, blieb jedoch relativ vage.⁹ Vielleicht muss diese Frage ja nicht wirklich beantwortet werden, wenn sich diejenigen Kräfte im amerikanischen Kongress, die einen effektiven Multilateralismus unterstützen und die „**soft-power**“ der Vereinigten Staaten erhalten wollen, durchsetzen und einen Großteil der geplanten Streichungen im Etat des Außenministeriums verhindern. Sollte ihnen dies jedoch nicht gelingen, werden sich die Vereinten Nationen auf gravierende Veränderungen einstellen müssen. Dabei werden sich auch die Parameter verschieben, die bislang stark vom westlichen liberalen Ordnungsmodell

⁹ Vgl. hierzu ausführlich A Conversation with Nikki Haley am 29.03.2017, Council on Foreign Relations (<http://www.cfr.org/diplomacy-and-statecraft/conversation-nikki-haley/p38970>) (30.03.2017)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NEW YORK

DR. STEFAN FRIEDRICH

03. April 2017

www.kas.de/newyork

geprägt waren. Ein finanzieller und ein damit verbundener inhaltlicher Rückzug der USA würden hier deutliche Spuren hinterlassen.

Kriegerische Auseinandersetzungen, die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, die größte Zahl von Flüchtlingen und Migranten seit dem Zweiten Weltkrieg – all dies sind Faktoren, die eine starke und handlungsfähige UNO notwendiger machen denn je. Es ist zu hoffen, dass die aktuelle Verunsicherung nur den Anstoß gibt, notwendige Reformen tatsächlich anzugehen, dass diese Verunsicherung aber rasch überwunden werden kann und sich die Mitgliedsstaaten effizienter als zuvor den vielen großen Herausforderungen in der Welt annehmen können. Es wäre der Welt und den Vereinten Nationen zu wünschen.